

Frankenberger Tageblatt

263

Bezirks-Anzeiger



Verantwortl. Red. Max Kohn. Druck: C. G. Kohnberg. (Inhaber Ernst Kohnberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortl. für die Redaktion: Karl Blegert in Frankenberg.

Abonnementpreis: Die 28 von Berlin einwöchige Beilage 3 Pf., in ausländ. Zeile die 147 von Berlin 1 Pf. 10 St. Einmalige und Mehrmalige Anzeigenpreise siehe 1. u. 2. Seite. Die Anzeigenpreise sind bei Kohnberg zu beziehen. Für Nachdruck und Vervielfältigung ist der Eigentümer verantwortlich. Bei Abbestellung ist die Beilage zu kündigen und in Abrechnung zu bringen.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Hlöh, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwieja. Herausgeber, Rotationsdruck und Verlag: C. G. Kohnberg (Inhaber Ernst Kohnberg jun.) in Frankenberg. — Verantwortl. für die Redaktion: Karl Blegert in Frankenberg.

Nr. 132 Freitag den 9. Juni 1922 nachmittags 81. Jahrgang

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Donnerstag den 15. Juni 1922 mittags 12 Uhr im Verhandlungszimmer der Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung hängt im Wartezimmer der Amtshauptmannschaft aus. Hlöh, am 7. Juni 1922. Der Amtshauptmann.

Das Wichtigste vom Tage

Zu den Wahlen des Saar-Parlaments sind auch diejenigen Franzosen wahlberechtigt, die erst ein Jahr im Saargebiet anässig sind. Wenn man diese Bestimmungen die Bestimmungen entgegenstellt, die für die Volkszählung in Westpreußen und Ober-Schlesien maßgebend waren, nach denen ein Jahreswohnen im Wahlkreisgebiet erforderlich war, sieht man, mit welcher Leichtigkeit die Wahlregeln für das Saargebiet ausgearbeitet sind. Gerade deshalb aber sollen die Deutschen nicht Wahlenthaltung üben und durch möglichst zahlreiche Stimmabgabe den Willen der eingeborenen Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Der Deutsche Protestantismus, verbunden mit einer Tagung des Verbandes des freien Protestantismus, tritt in der Zeit vom 20. bis 22. Juni in Berlin im Behrersreinsaal zusammen. Bei dieser Gelegenheit werden zwei öffentliche Versammlungen abgehalten werden. Prof. D. J. Harnack wird am 21. Juni über den protestantischen Kirchenverfassungsentwurf als einer Gefahr für Freiheit und Fortschritt der Volkstümlichkeit, Max Müller am 22. Juni über unseren Bibel- und Christenglauben und die Vollkommenheit des freien Protestantismus sprechen.

Die deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen sind ins Stocken geraten, weil Spanien auf deutsche Waren einen Valutazuschlag erhob. Die spanische Presse erklärt sich jetzt im allgemeinen gegen diese Wirtschaftspolitik. Wie aus Nachrichten der französischen Presse hervorgeht, ist die Erhebung des Valutazuschlages auf dringende französische Anregungen zurückzuführen, die sich auf die Art die deutsche Konkurrenz vom Halle schaffen wollten.

Die Bildung des neuen japanischen Kabinetts hat Rato übernommen. Rato, der bereits zweimal Minister des Aussenwar war und zweimal Botschafter in London, soll als einer der besten Außenpolitiker im Reich der aufgehenden Sonne.

Der Tempus meldet aus Bras., daß die französische Regierung der L'Espresso-Clowale 110 Flugzeuge geschenkt habe.

heute noch Führung in der Wirtschaft. Sie hat dabei ein selbes Empfinden dafür, ob sie echte oder unechte Führung geboten wird, weil sie nach Tatsachen und Leistung fragt.

Von Tatsachen und Leistung kann die Führung nur ausgehen. Daß diese Tatsachen und Leistungsmotivendigkeiten noch nicht in jedes Deutschen Wissen und Gewissen lebendig sind, ist nur durch die bisherige Wirtschaftsführung verursacht worden, die immer wieder nur Wirtschaftstheorien propagandistisch verbreitet hat, anstatt Kenntnisse der Wirtschaftspraxis zu vermitteln. Infolgedessen ist eine künstliche Vorstellung von der Kompliziertheit und schweren Verantwortlichkeit der Volkswirtschaft entstanden. Es ist darüber vergessen worden, daß eine Volkswirtschaft naturgeboren ist, wie etwa die Hauswirtschaft, daß die Zusammenhänge der Volkswirtschaft mit der Weltwirtschaft ebenso natürlich sind, wie die der Hauswirtschaft mit der Volkswirtschaft.

Von den natürlichen Bedingungen jeder Volkswirtschaft aus ist es leicht, die Diagnose der deutschen Volkswirtschaft zu stellen. Die deutsche Volkswirtschaft hat im Verhältnis zu ihren Verbrauchsmotivendigkeiten eine zu geringe Produktion. Weil — durch den Versailles-Friedensvertrag — die Produktionsgrundlage zu spärlich geworden ist. Es fehlt an agrarischem Grund und Boden, an Rohstoffquellen, wie für Kohle und Eisen, an organischer Verbindung zu Welt-erzeugnissen, wie die Kolonien sie hergeben. Dazu kommt, daß auch die Produktionsleistung zu gering geworden ist: der Wohlstandsentwurf ist wirtschaftlich nicht aufrechterhalten, er hat die produzierte Menge um den fünften Teil gegen frühere Zeiten verringert. Und schließlich herrscht im Verbrauch keine Zucht mehr: der Verbrauch ist in Militär und Profittät ausgeartet, so daß er größere Massen, als im Inlande erzeugt werden, in Anspruch nimmt; eine ungeheure wirtschaftliche Verschwendung an das Ausland ist die Folge. Diese tatsächliche Lage der deutschen Wirtschaft ist die Ursache, die die deutsche Wirtschaft in die Krise der letzten Jahre um Jahr, Monat um Monat hier herübergeraten und durch immer neue Weltnot gebedt werden, zeigen die furchtbare Realität, die eines Tages in einer Katastrophe endende Auskehrung der deutschen Wirtschaft. Diese Auskehrung, die noch beschleunigt wird durch die unerschütterlichen Friedensvertragsforderungen, läuft — wie es in Rheinland geschehen ist und durch natürliche Witterungsfälle beschleunigt wurde — aus der heute schon in vielen Kreisen schleichenden Hungernot in einer offenen aus.

Es gilt, diesen Tatsachen mit unerbittlicher Wahrhaftigkeit ins Auge zu sehen. Führer vermag nur nicht zu sein, wer gegenüber solchen Tatsachen die Hände in den Schoß legt. Oder — noch schlimmer — wer Kompromisse abschließt. Mit Kompromissen für diese Lage nicht zu retten. Nur mit bewusster Einstellung auf die Wirklichkeit. Die Wirklichkeit allein hat die Führungsglieder anzugeben.

Die Führungsglieder der deutschen Volkswirtschaft können heute und in Zukunft nur kalten, zurückgewinnenden der einstigen Produktionsgrundlage in den unserem Volkstum entsprechenden politischen Grenzen und Kolonialanteilen, also Revision des Versailles-Friedensvertrages an Haupt und Gliedern: Steigerung der deutschen Produktion, der deutschen Leistung mit Hilfe von Wirtschaftspolitik, Organisation und Abänderung des schematischen Arbeit-Stundenlages in eine gesundheits- und wirtschaftsprädische Arbeitszeit. Schließlich Zucht im Verbrauch durch Zurückweisung aller entbehrlichen Auslandswaren — das sind alle Waren, die mit in oder ausländischen Rohstoffen, z. B. Schokolade, Garne, Löhre, Nähmaschinen usw. im Inlande hergestellt werden können — und durch ein ehrliches Bekenntnis zur einfachen, unserer heutigen Lage entsprechenden Lebensweise.

Damit nun das Volk zu diesen Zielen geführt werden kann, ist es notwendig, daß jeder Deutsche sich innerlich und äußerlich im Denken und Handeln darauf einstellt. Ist das geschehen, so weiß der Führer, daß er unerbittbar, ohne bescheiden zu müssen, das Volk selbst harte ihm auf seinem Marsch in den Süden, letzten Ziele zustreben kann. Von diesem Augenblick an, da das deutsche Volk in allen Schichten zu diesen Führungsgliedern durch die Tat bekennt und sich den entsprechenden Führern unterstellt, beginnt der Wiederaufbau des deutschen Volkes.

Es ist lebendig in unserem Volke. Es regt sich der Wille, Verantwortungsgefühl und Erkenntnis,

Lakraft und Bewußtsein. Überall treten Strömungen, Bewegungen zutage, durch die Erzeuger und Verbraucher näher zueinander finden. Industrie, Landwirtschaft und Konsum müssen einig gehen: dann allein läßt sich ein Anfang zur Bänderung der Volksnot machen. Hier ist der Weg in die Zukunft angedeutet. Je entschlossener alle Teile des Volkes sich auf diesem Wege sammeln, desto eher wird es möglich sein, zu führen. Denn nur ein unter einige wenige Ziele gesammeltes, nicht aber ein nach allen Richtungen auseinanderstrebendes Volk läßt sich führen, gewinnt auch in sich das Vermögen, den Führer aus sich zu gebären. Sammlung bedeutet Häufung gesunder Kräfte. Solche Häufung stellt aber eine derartige Zeugungsfähigkeit dar, die notwendig ist, um den Menschen zu gestalten, der alle Führereigenschaften, dann nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Politik, für das gesamte Leben besitzt.

Fürst Bülow über das Kabinett Wirth

In der „Baterne“ wird eine Unterredung veröffentlicht, die einem Journalisten in Rom vom Fürst Bülow gewährt wurde. Fürst Bülow, der nach einiger Zeit vorübergehend in seiner Villa in Klein-Siedel Aufenthalt nehmen will, äußerte sich über die Lage in Deutschland u. a. dahin, daß er das Kabinett Wirth für gesichert halte, da es auf einer guten und zuverlässigen Grundlage ruhe. Ergegen den Mitteilungen bestimmter französischer Zeitungen, daß in Deutschland die Reaktion und der Nationalismus vorherrschend seien, könne als feststehend angesehen werden, daß Deutschland den Frieden wolle. Ueber seine Zukunftabsichten befragt, äußerte der Fürst, der angeblich an einem Buch über seine Familie arbeite, daß er nicht mehr ins politische Leben zurückzukehren gedenke.

Neubauten von Zeppelinluftschiffen

Der Luftschiffbau Zeppelin wird, wie bekannt, demnächst mit dem Bau zweier Luftschiffe begimmen können. Zunächst wird ein Staatsluftschiff in Angriff genommen, das etwas größer werden soll, als die „Bodensee“ und der „Nordstern“. (25 000 Kubikmeter), sich aber noch genügend weit von der durch die Entente vorgeschriebenen Grenze von 30 000 Kubikmetern halten wird. Dieses Luftschiff soll im Laufe dieses Jahres vollendet werden und im Frühling 1923 seine ersten Proben aufnehmen. Es ist als Versuchsluftschiff

gedacht und wird als solches eine Reihe von Neuerungen aufweisen. In der Hauptsache wird man mit ihm Versuche durchzuführen, die dem weiteren Ausbau der funkentelegraphischen Orientierung (F. T. Abteilung), ferner der Verankerung im Freien, der Navigation usw. dienen. Voraussetzlich wird dann später das Schiff als Schulflugzeug für das spanische Unternehmen Sevilla-Buenos Aires Verwendung finden. Diese Strecke selbst läßt sich natürlich mit einem Schiff von so geringem Ausmaß nicht zurücklegen.

Es schweben ferner Unterhandlungen mit Amerika über den Bau eines Großluftschiffes,

das als Ersatz für ein 1919 in Nordholz zerstörtes, aber zur Auslieferung bestimmt gewesenes Luftschiff, dienen soll. Die Größe dieses Luftschiffes liegt noch nicht fest, sie wird zwischen 70 und 100 000 Kubikmeter betragen. Die Verhandlungen finden nicht direkt zwischen dem Luftschiffbau Zeppelin und Amerika statt, sondern im Einvernehmen mit der deutschen Regierung, die für den damaligen Verlust des Auslieferungsschiffes haftbar gemacht worden ist.

Zweierlei Recht

Demnächst finden die Landesratswahlen im Saarstaat statt. Obwohl dieses Parlament ein Hohe auf alle demokratischen Institutionen ist, weil es lediglich nur eine Dekoration darstellen soll, sind die Wahlen dazu doch von großer politischer Bedeutung. Offenbar ist beabsichtigt, von Seiten der Franzosen derartige Wahlen als Wanderversuche zu betrachten. Anders wäre es jedenfalls nicht zu erklären, daß auch alle Franzosen und Französinen über 20 Jahre seit das Recht zur Wahl haben. Die französische Kolonie fordert ja

gar in einem besonderen Mafz zur Wahlteiligung auf. Das Saar-Parlament soll eine Vertretung der Bevölkerung des Saargebietes sein. Diese aber ist rein deutsch. Franzosen hat es im Saargebiet lediglich nach der gefälligen Adresse an Clemenceau gegeben, sonst aber nicht. Natürlich ist jetzt der französische Invasor für und für geöffnet. Unter der französischen Belegung ist es natürlich ein Leichtes gewesen, seit einem Jahre ungezählte überflüssige Existenzen nach dem Saarstaat zu bringen. Wenn diese jetzt das gleiche Wahlrecht besitzen sollen, wie die einheimische Bevölkerung, so schmälert man der Saarbevölkerung ihr bisheriges kimmerisches Recht abermals durch eine Verwaltungsmaßnahme. Deutschland wird streng darauf achten müssen, insoweit hier schon Vorarbeit für die Volksabstimmung dringlich ist. Ansonsten geht es an, an der Volksabstimmung Personen teilnehmen zu lassen, die vor dem Abschluß des Friedensvertrages nicht im Saargebiet gewohnt haben. Das ist in allen anderen Abstimmungsgebieten so gehandhabt worden, und es ist notwendig, darauf zu achten, daß im Saargebiet nicht etwa zweierlei Recht geschaffen wird. Trotz aller französischen Machinationen und trotz des Importes französischer Wähler und Wählerinnen wird aber der Landesrat eine erdrückende deutsche Mehrheit erhalten.

Zimmer neuer Polen-Zeror

Breslau, 8. 6. Nach Meldungen aus Oberschlesien ist der polnische Zeror nach den Pfingstfeiertagen erneut ausgebrochen. In Orzesow wurden sämtliche deutschen Arbeiter und Beamte aus den Werken vertrieben und teilweise so schwer mißhandelt, daß sie in Lazaretten untergebracht werden mußten. Ihre Familien mußten ihre Wohnungen augenblicklich räumen und nach den deutschbesetzten Gebieten überziehen. Ein Kaufmann in Friedenshöhe wurde gezwungen, sein Geschäftshaus weit unter Wert zu verkaufen. Seine Möbel durfte er nur gegen Zahlung von 10 000 Mark an die Insurgenten abtransportieren. Der Flüchtlingsstrom verhärt sich. Die Zahl der Vertriebenen, die sich bisher in Ostpreußen gemeldet haben und hauptsächlich aus den Kreisen Pleß und Rohnitz kommen, hat nahezu 14 000 erreicht. Die Polen legen es offensichtlich darauf an, nicht nur die Wohnungen, sondern auch das deutsche bewegliche Eigentum in ihre Hand zu bekommen. Ein polnisches Gemeindefest in Boguskißch bei Rattowitz erklärte öffentlich, die Deutschen dürften nur so viel mitnehmen, wie sie im Schnupstuch tragen könnten. Eine polnische Familie aus Warchau, die in Bismarckhöhe eintrat, war erstaunt, nur eine leere Wohnung zu bekommen. Sie erklärte, man habe ihr in Warchau eine völlig eingerichtete Wohnung in Aussicht gestellt. Die zahlreichen bisher schon aus Polen und Galizien ausgewogenen Polen waren daher seit Wochen auf einem Raubzug im großen eingekehrt. Dem Treiben der Polen wurde dann erst Einhalt geboten, als die Banditenhorden anfangen, feinerziel Unterschied mehr zwischen deutschem und polnischem Eigentum zu machen. Da erliefen die polnischen Führer Seite an Seite mit den polnischen Gewerkschaftlern Einhalt zu gebieten, bisher jedoch mit ziemlich geringem Erfolg.

Die angeblichen deutschen Diebstähle

Der „Deure“ berichtet, daß der Bürgermeister der Stadt Wagny an der Mosel das von der französischen Regierung der Stadt angebotene Kriegskreuz für ihr Verhalten während des Krieges nur unter der Bedingung angenommen habe, daß eine Untersuchung über das Verhalten der während der deutschen Belegung in der Stadt zurückgebliebenen Einwohner vorgenommen werde. Der Bürgermeister behauptet, daß während der deutschen Okkupation die dort zurückgebliebenen Einwohner sich das sämtliche Vermögen und die bewegliche Habe der geflüchteten Einwohner angeeignet hätten und daß die gestohlenen Gegenstände nicht auf das Konto der deutschen Belegung zu legen seien. Wagny ist ein Städtchen mit rein französisch sprechender Bevölkerung in dem ehemaligen zum Reichslande gehörenden Teil Lothringens. Wagny hat während des Krieges längere Zeit in der Feuerzone gelegen und wurde deshalb vom größten Teil seiner Bewohner geräumt.

Die Gerichtsgebühren in Sowjetrußland

Infolge des Verbots in Vorkriegsrußland zu reisen, hat sich das Volkswirtschaftsamt für Justizwesen veranlaßt gesehen, in Einvernehmen mit dem Finanzministerium beim Sowjet der Volkskommissare eine Minderung der Gerichtsgebühren zu beantragen. Das zu diesem Zweck ausgearbeitete Projekt heißt folgende Gebühren vor: Bei einem Wert des Streitobjekts von 1000 bis 50000 Sowjetrubel 1922 werden 1 Proz. Gebühren erhoben. Bei 50000 bis 500000 Sowjetrubel 2 Proz. und bei über 500000 3 Proz. Betrag der Wert des Streitobjekts weniger als 1000 Sowjetrubel 1922, in werden keine Gerichtsgebühren erhoben. In Fällen, wo eine Verflechtung nicht möglich ist, werden die Gerichtsgebühren vom Volkswirtschaftsamt bei Urteil-Fällung festgelegt, dürfen aber nicht niedriger als 100 Rubel sein. Beim Freilassen Verfahren werden 100 Rubel erhoben. Für eine Abschrift des Urteils sind 25 Rubel für jede Seite zu entrichten.

Wirtschaftsführung

Von Dr. Hans Martin Gitter. Aufstrebende Zeiten fällen jedes Wort der Sprache mit neuem Kräfteinhalt. Das Wort wird zum Spiegel der wachsenden Bewegungen und Bestrebungen, lautmahligen Denkens und Handlungsweise. Für den gegenwärtigen Zustand des deutschen Volkes und seine Zukunftsentwicklung ist kennzeichnend, daß in der Erneuerung der Wortinhalte das Wort Führung an erster Stelle steht. Die Sehnsucht des einzelnen wie der Gesamtheit sammelt sich darin und fällt das Wort „Führung“ mit von innen herausstrebender Spannung, Anspannung, Aktivität. Nach Führung begehren der einzelne und die Gesamtheit, und will, sich führen zu lassen, sind wieder der einzelne und die Gesamtheit. Nur als solcher geistlich-geistigen, praktisch-erfahrenen Erkenntnisstellung vermag dann Führung zu erfolgen, vermögen Führer zu erwachen und finden Führer Widerhall, Nachfolge, Erfolg.

Grundbedingung für die Möglichkeit aller Führung und allen Gefährterwerden bleibt die Teilnahme jedes einzelnen sowie der Allgemeinheit am Führungsgedanken. Solche Teilnahme drückt sich aus im Verantwortungsgefühl jedes Volksgenossen am Volksganzen, an der Volksgemeinschaft. Erst wenn dies Verantwortungsgefühl sich fortentwickelt vom Getreide zum Handeln, vom reinen Denken zur Tat, ist die Stunde der Führung da.

Auf keinem Gebiete ist die Notwendigkeit solcher Führung dem einzelnen wie der Volksgemeinschaft unmittelbar deutlich, als auf dem der Wirtschaft. Deutschlands Not und Verfall, aus dem Krieg und aus den politischen Verhältnissen geboren, drückt sich in der Einzelart der wirtschaftlich aus.

Will man objektiv erfahren, wie groß die Not der Deutschen ist, frage man die deutsche Hausfrau. Sie vermag als Wirtschaftlerin des täglichen Lebens ein lebendiges Bild zu geben. Sie wirkt im steten Kampfe um das Bestehen, sie weiß instinktiv, daß Rettung und Besserung nicht vom Schema, von der Theorie herzukommen vermag. Sie schätzt nur die praktische Kraft, die tatsächliche Leistung als etwas Wirkliches ein und weiß, daß nur das hilft, was erzeugt oder erspart wird. So ist sie ein ein realistisches, gesundes Element im wirtschaftlichen Leben. Aus ihrer realistischen Einstellung und triebhaften Gesundheit heraus verlangt sie

184

185